

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 36. Ratssitzung vom 30. Januar 2019

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2018/15, 2018/21 und 2018/298

857. 2018/15

Motion von Elisabeth Schoch (FDP) und Albert Leiser (FDP) vom 17.01.2018: Erstellen einer Strategie für die Alters- und Pflegezentren unter Einbezug der Nachfrage nach alternativen Wohnstrukturen und einer Überprüfung der Sanie- rungspläne der städtischen Alterszentren

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2018/15, 2018/21 und 2018/289.

***Elisabeth Schoch (FDP)** begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3671/2018): Diese Motion erfolgte in gewisser Weise als Verzweiflungstat. Im Februar 2016 zeigte die Obsan-Studie, dass zu viele Plätze in den Alterszentren vorhanden sind. Die damals zuständige Stadträtin argumentierte, dass sie die Situation anders einschätzten und andere Zahlen berechneten; die vorhandene Altersstrategie müsse nicht überprüft werden. Die Bevölkerungspyramide und auch die Wünsche und Bedürfnisse der älteren Menschen verändern sich. Neue Technologien sind vorhanden, die es ermöglichen, länger zuhause zu bleiben und vor allem ist der Wunsch vorhanden, dass man möglichst lange selbstständig sein und für sich selbst sorgen kann. Aus der Bevölkerung bekamen wir zunehmend Anfragen von Menschen, die in einer Wohnung lebten, die totalsaniert werden musste. Menschen, die über 75 Jahre alt sind, haben auf dem Wohnungsmarkt keine Chance mehr. Nur weil keine Wohnungen mehr für sie vorhanden sind, ziehen viele in ein Alterszentrum. Das darf nicht sein. Die Motion reichten wir im August 2018 ein und ich freue mich, dass STR Andreas Hauri sich dem Thema annimmt und uns eine Auslegeordnung zur Verfügung stellen wird. Ich freue mich auch, dass die Baupläne zurückgestellt wurden; denn, wenn wir feststellen, dass weitere Alterszentren notwendig sein werden, wird das Geld dafür vorhanden sein. Wenn das aber nicht der Fall sein wird, kann das Geld für etwas verwendet werden, das wichtiger für die Bevölkerung ist. Beispielsweise kann mehr in die Stiftung Alterswohnungen und damit in günstigen Wohnraum für ältere Menschen, die darauf angewiesen sind, investiert werden. In die Renovation und Überarbeitung der Alterszentren investieren wir immerhin 600 Millionen Franken – ein grosser Betrag. Uns geht es darum, zu wissen, was in der Zukunft für die Altersstrategie notwendig sein wird, da wir jetzt das bauen werden, was in zwanzig Jahren genutzt werden soll. Dafür müssen wir eine globale Sicht einnehmen, die Bedürfnisse aufnehmen und die Strategie erarbeiten.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Dieser Vorstoss zielt in eine Richtung, die wir selbstverständlich im Rahmen der Altersstrategie genau überprüfen werden. In der Antwort beschrieben wir bereits, dass wir nicht nur die Alters- und Pflegezentren-Positionierung überprüfen wollen, sondern generell die gesamte Alterspolitik der Stadt. Dazu gehört auch eine Bettenplanung. Die laufende Überprüfung wird zeigen, wie viele Betten in den nächsten zwanzig Jahren in den Alters- und Pflegezentren benötigt werden. Wir werden auch prüfen, welche Art von Alterswohnungen notwendig sein werden. Bereits jetzt ist klar, dass zu wenige Alterswohnungen vorhanden sind. Der Bedarf ist sehr gross: Wir könnten tausende Alterswohnungen aufstellen, die sofort vermietet würden. In Bezug auf den Vorstoss befinden wir uns bereits auf dem Weg. Der Vorstoss ist aber nicht motionabel, weil der Stadtrat grundsätzlich für die Strategie zuständig ist. Gerne sind wir bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.*

Weitere Wortmeldungen:

Raphael Kobler (FDP) begründet das Postulat GR Nr. 2018/21 (vergleiche Beschluss-Nr. 3677/2018): *Das vorliegende Postulat besitzt eine längere Vorgeschichte und fusst auf drei Schriftlichen Anfragen, die in den Jahren 2015 und 2016 eingereicht wurden. Vor dem Hintergrund, dass in der Stadt aktuell ungefähr 6100 Plätze in der stationären Langzeitversorgung bestehen – 60 Prozent davon werden von der Stadt und 40 Prozent von Privaten betrieben – stellte der Stadtrat in den betreffenden Antworten wiederholt fest, dass er die historisch dezentrale Angebotsstruktur schätze, dass die Zusammenarbeit zwischen der Stadt und Privat-Gemeinnützigen gut funktioniere und dass der Einsatz der Privat-Gemeinnützigen für eine vielfältige Altersversorgung unerlässlich sei. Sucht man aber das Gespräch mit den Vertretern der privat-gemeinnützigen Alters- und Pflegeheime, ergibt sich teilweise ein abweichendes Bild. Die Kommunikation wird oft als mangelhaft empfunden. Gewisse in der Vergangenheit gewährte Unterstützungen existieren heute nicht mehr – beispielsweise das Aufrechterhalten der baulichen Infrastruktur. Allgemein wird eine gewisse Wertschätzung vermisst und dass manchmal gegeneinander anstelle von miteinander agiert wird. Verstärkt wird das Gefühl einer gewissen Benachteiligung. Dies auch durch sichtlich gut gemeinte Vorstösse, wie das Postulat GR Nr. 2017/442, das die Tarifierhöhungen in den städtischen Alters- und Pflegezentren verhindern will und damit unweigerlich Wettbewerbsvorteile für die öffentlichen Institutionen mit sich bringt. Gerade aber die in den Quartieren verankerten privat-gemeinnützigen Leistungserbringer entlasten nicht nur das Gemeindebudget beträchtlich, sondern bieten betagten und hochbetagten Menschen die Möglichkeit, trotz dem Einzug in ein Alters- oder Pflegeheim im angestammten Quartier und damit im gewohnten persönlichen Umfeld zu bleiben. Die Privat-Gemeinnützigen leisten mit ihrem Einsatz einen unverzichtbaren Beitrag, indem sie nicht nur Wohn- und Lebensraum sicherstellen, sondern mit genauso viel Herzblut und Innovationskraft für optimale medizinische Betreuung und Pflege, altersgerechte Ernährung sowie die soziale Integration älterer Menschen sorgen. Allerdings weist auch der Stadtrat darauf hin, dass die besagten*

Einrichtungen vermehrt mit Unwägbarkeiten zu kämpfen haben, die die Fortführung des bestehenden Angebots gefährden. Die Problematik bestätigt sich zusätzlich dadurch, dass in der Stadt laut Obsan-Studie langfristig ein Überangebot an Alters- und Pflegeheimplätzen bestehen wird, da die Menschen dank ihren Angehörigen, der Spitex oder fortgeschrittenen technischen Möglichkeiten immer länger zuhause bleiben wollen und können. Bereits heute leben beinahe 80 Prozent der 80- und über 80-Jährigen in einem Privathaushalt, davon etwa ein Drittel mit Unterstützung. Da diese Zahl weiter ansteigen wird, wollen wir mit den im Vorstoss beispielhaft aufgezählten Massnahmen die Stellung der privat-gemeinnützigen Leistungserbringer verbessern. Des Weiteren wollen wir vor allem auch verhindern, dass eine Reduktion des Langzeitangebots aufgrund von ungleich langen Spiessen einseitig zu Lasten der privat-gemeinnützigen Leistungserbringer wirkt. Das Postulat fordert ein vielseitiges, attraktives, innovatives und bezahlbares Altersangebot.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 31. Januar 2018 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2018/21: *Wir wollen erst klarstellen, dass die AL nichts gegen privat-gemeinnützige Institutionen im Alters- und Pflegebereich hat. Diese Institutionen füllen Lücken im Versorgungsnetz aus, die durch vergangene kurz-sichtige politische Entscheide entstanden. Aus Not kümmern sich Institutionen wie queerAltern oder die Sozialwerke Pfarrer Sieber um die Bedürfnisse von bisher von der öffentlichen Hand stiefmütterlich behandelten Gruppen. Die neue Altersstrategie muss diese Minderheitsperspektive berücksichtigen, wenn sie sich unsere Unterstützung sichern will. Im Sinne des Postulats GR Nr. 2018/298 sind wir auch der Meinung, dass das Ziel nur durch intensive Koordination zwischen dem Stadtrat, den städtischen und den privat-gemeinnützigen Anbietern erreicht werden kann. Wir diskutieren nicht das Pro und Kontra des Bestands von privat-gemeinnützigen Institutionen, sondern einen verspäteten Wunschbrief von manchen privaten Institutionen an das städtische Christkind; an STR Andreas Hauri. Das Postulat beinhaltet einen Tsunami an Forderungen, die keinen Wunsch offenlassen. So ist die Rede von einer stärkeren Beachtung der Bedarfs- und Interessenlage privat-gemeinnütziger Leistungserbringer; von einem institutionalisierten Dialog, damit Private den Bau von Alters- und Pflegezentren mitplanen und mitsteuern können und von einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit. Die Aufzählung sei aber nicht abschliessend zu verstehen. Die AL ist irritiert, zu lesen, wie die bürgerliche Seite das Glück eines privaten Unternehmens in die Hände der staatlichen Administration übergeben will. Die Irritation verschwindet aber, wenn man sich mit der Dichte der Begründung auseinandersetzt. Die sozial-liberale Maske wird fallengelassen und pseudowettbewerbliche Gedanken kommen zum Tragen. Nachdem Sie im Gesundheitsbereich einen Pseudowettbewerb eröffneten, kommt nun also der Markt im Alters- und Pflegebereich auf uns zu. Selbstverständlich wird das Mantra der ungleichen Marktspiele zwischen öffentlichen und privat-gemeinnützigen Institutionen aufgesagt, wie wenn eine gute Betreuung im dritten und vierten Lebensalter eine merkantilistische Frage anstelle eines Grundrechts sei. Die Postulanten verlangen, dass die Stadt den etablierten privat-gemeinnützigen Institutionen zinslose Darlehen gewähren soll. Das ist durchaus möglich. Doch ich möchte daran erinnern, dass sich insbesondere die bürgerliche Seite auf jedem möglichen Kanal und auf jede mögliche Art und Weise gegen die Zinsschuldenentlastung der Spitäler wehrte. Sie verlangen hier also, dass der Stadtrat*

privaten Institutionen Bauten und Renovationen zum Nullzins finanziert, während er die Stadtspitäler dem Treiben der Finanzmärkte überlassen soll. Das kann als Groucho-Marxismus bezeichnet werden. Die Forderung, dass die Stadt das Marketing der privat-gemeinnützigen Institutionen übernehmen soll, ist sehr seltsam. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, dass die Stadt über die Existenz und das Angebot von privat-gemeinnützigen Institutionen informiert, aber für die eigene Werbung muss jeder selbst bezahlen. Schliesslich wird eine Anpassung der städtischen Altersstrategie im Sinne einer stärkeren Verankerung des privat-gemeinnützigen Engagements verlangt. Sie weisen selbst darauf hin, dass der Markt gesättigt ist und dass Bettenüberkapazitäten bestehen. Wie kommen die Postulanten aber zum Schluss, dass das nur für den öffentlichen Sektor gilt? Warum soll im vorliegenden Modell der wichtigste und sozialste Marktteilnehmer Rücksicht auf die Konkurrenten nehmen und seine Kapazitäten herunterregulieren? Die Antwort ist einfach. Das Ziel ist, die öffentlichen Anbieter zu schwächen und die Belegung von privat-gemeinnützigen Institutionen garantieren zu können. Dazu wird die AL nicht Hand bieten.

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir nehmen den Textänderungsantrag der AL an. Wir sind auch bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln; uns ist wichtig, dass die Strategie nun ausgeführt wird, von STR Andreas Hauri wissen wir, dass das jetzt erfolgen wird.*

Marcel Savarioud (SP): *Wir sind dankbar, dass die FDP den Textänderungsantrag zum Postulat GR Nr. 2018/298 zurückzog. Entsprechend den Fraktionserklärungen sind wir uns alle im Grossen und Ganzen einig. Es ist jedoch erstaunlich, dass die FDP eine Studie zitiert und dabei Wichtiges auslässt. Die NZZ berichtete zur Obsan-Studie, dass zwar zuerst von 1700 Plätzen die Sprache war; ein Jahr später wurde die Anzahl jedoch auf 870 Plätze reduziert. Die Begründung ist, dass das Spitex-Angebot in der Nacht ausgebaut wurde. Das Spitex-Angebot in der Nacht wurde aber vor fünf Jahren ausgebaut. Dass die FDP einer solchen Studie glaubt, ist erstaunlich. In diesem Fall setzen wir mehr Hoffnung in den Stadtrat als in die FDP.*

Rolf Müller (SVP): *In der Motion GR Nr. 2018/15 geht es um die Strategie der Alters- und Pflegezentren. Die SVP-Fraktion befürwortet die Motion. Was für die beiden Stadtspitäler und die Spitälerstrategie gilt, ist auch für die Alters- und Pflegezentren wichtig. Die Bedürfnisse für das Wohnen im Alter veränderten sich stark. Die älteren Menschen werden immer älter und bleiben dabei rüstig. Sie wollen so lange wie möglich individuell zuhause leben können. Das wollen wir ihnen ermöglichen. Die Obsan-Studie zeigte, dass in der Stadt 1700 Alterszentrum-Plätze zu viel vorhanden sind. Eine diesbezügliche Diskussion in der Spezialkommission Gesundheits- und Umweltdepartement (SK GUD) führte dazu, dass das zusätzliche Alterszentrum nun nicht entstehen soll. Seitens der Verantwortlichen erhielten wir nicht die gewünschten Aussagen über Altersrenten betreffend den vorhandenen Kapazitäten. Die Gefahr einer Überkapazität bei den Alters- und Pflegezentren besteht, weil viele Menschen länger zuhause leben. Deshalb ist es wichtig und richtig, die Situation zu überprüfen. Im Übrigen kündete auch der Stadtrat von sich aus eine Altersstrategie an. Des Weiteren wollen wir mit der Motion wissen, wie die Sanierungspläne der städtischen Alterszentren aussehen. Wir stimmen dem Vorstoss auch als Postulat zu. Mit dem Textänderungsantrag der AL-Fraktion können wir*

dem Vorstoss nicht zustimmen, weil wir nicht wollen, dass ein allfälliger Überbestand an Alterszentren in eine andere gemeinnützige Nutzung überführt werden soll. Die SVP befürwortet die Annahme der Motion.

Markus Kunz (Grüne): Bereits die grosse Anzahl von eingereichten Vorstössen zeigt, wie wichtig das Thema Alter ist. Wir müssen präzisieren, um wen es hier tatsächlich geht. Wer gesund bis ins hohe Alter altern kann, hat vermutlich nicht viele Probleme. Wenn man zusätzlich genügend reich ist, kann man sich die notwendige Unterstützung besorgen. Für diese Menschen müssen wir nicht viel leisten, ausser die Stadt grün und autofrei zu machen. Das ist aber immer weniger der Fall, weil wir immer älter werden. Es erstaunt mich, dass das mit «rüstig bleiben» gleichgesetzt wird. Alt zu werden, wurde vor allem teuer, gerade wenn man bis ins hohe Alter geistig oder körperlich beeinträchtigt ist. Dass die Lebenserwartung immer noch zunimmt, ist trügerisch. Viele glauben, dass das rundum eine gute Sache ist. In der Tat können wir aber schlecht mit diesem Umstand umgehen. Beispiele sind der Umgang mit der zunehmenden Demenz, die Arbeitslosigkeit im Alter, explodierende Pflegekosten und gesellschaftliche Probleme wie die zunehmenden Vereinsamung im Alter. Wer glaubt, dass das Älterwerden mit der zunehmenden Lebenserwartung einfacher wird, irrt sich grundlegend. Die Betreuungs- oder sogar die Pflegebedürftigkeit nimmt nicht ab, sondern verschiebt sich um einige Jahre nach hinten. Die Kosten hingegen nehmen zu, sowohl die der Privaten als auch die der öffentlichen Hand. Es bleibt wahr, dass die letzten Lebensjahre die teuersten sind. Sie verschieben sich lediglich nach hinten. Ungefähr zwanzig Prozent der Hochaltrigen leben in einem Heim; über achtzig Prozent leben zuhause. Politisch werden vorwiegend die zwanzig Prozent thematisiert. Gesellschaftspolitisch relevant sind aber die achtzig Prozent. Sie können ihren Lebensabend nur dort verbringen, weil sehr viel Arbeit privat und unbezahlt verrichtet wird, meistens von Frauen. Das ist die Care Economy. Manchmal wird sie auch privat und bezahlt verrichtet, oft als reine Ausbeutung von beispielsweise osteuropäischen Pflegerinnen. Was also hier als individuelle Freiheit bezeichnet wird, ist in Wahrheit oft ein Ausbeutungsverhältnis. Die zweite unangenehme Wahrheit ist, dass das Altwerden nur dann angenehm ist, wenn man reich ist. Wer von der AHV oder von Ergänzungsleistungen lebt und dazu körperlich oder geistig bereits ein wenig beeinträchtigt ist, hat es sehr schwer. Die Grünen beharren darum auch bei der Altersstrategie auf dem Prinzip der Solidarität. Die stationären Angebote müssen weitergeführt und vielleicht auch ausgebaut werden. Die effektiven Bedürfnisse werden noch abgeklärt. Auch ich nahm zur Kenntnis, dass die Obsan-Studie sich bereits nach wenigen Monaten korrigieren musste. Die stationären Einrichtungen müssen möglichst allen offenstehen. Denn die privaten Heime stellen für die meisten keine Alternative dar. Die ambulanten Einrichtungen, allen voran die der Spitex, müssen vermutlich sogar massiv ausgebaut werden, damit möglichst viele Mitmenschen zuhause alt werden können. In den städtischen Wohnsiedlungen müssen Infrastrukturen für die ältere Bevölkerung bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Wir lehnen die Motion GR Nr. 2018/15 auch als Postulat ab, weil es nicht unserer Vorstellung der Altersstrategie entspricht. Dasselbe gilt für das Postulat GR Nr. 2018/21.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Altersstrategie ist ausserordentlich wichtig, auch weil sie auf der Dankbarkeit vom Wohlstand fussen muss, in dem wir leben. Diesen

Wohlstand verdanken wir der Generation, die jetzt in einem höheren Alter ist. Aus diesem Respekt heraus ist zu hoffen, dass nicht ein Dissens mit den Vorstössen besteht, sondern dass sie möglichst harmonisch sind. Wir müssen die Altersstrategie integral betrachten. Das heisst, man müsste nicht nur die Altersstrategie der älteren Menschen, die Alters- und Pflegeheime und Alterswohnungen miteinbeziehen, sondern auch die Spitalstrategie, weil dort die Geriatrie ein wesentlicher Bestandteil einnimmt. Es besteht ein grosser Wunsch, zuhause zu leben. Ein Heim stellt ein fremdes Umfeld dar. Ein erzwungener Einzug kann zu einem Schock führen, was zur Verschlechterung des Gesundheitszustands beitragen kann. Dass man zuhause leben kann, setzt die entsprechenden Einrichtungen voraus. Die Spitex ist dabei unverzichtbar und muss ausgebaut werden. Die Spitex muss auch in der Nacht präsent sein, weil einige Personen gewissermassen auf eine 24-Stunden-Betreuung angewiesen sind. Dabei teile ich die negative Einschätzung von Markus Kunz (Grüne) nicht: Es handelt sich nicht um eine Ausbeutungsstrategie. Die Betreuung ist wichtig, weil mit dem zunehmenden Alter immer eine grössere Sturzgefahr besteht. Das stellt ein grosses Problem zuhause dar. Die Spitalstrategie miteinzubeziehen, bedeutet, dass das Personal sorgsam mit der älteren Generation umgeht und dass nicht an Kosten gespart wird, indem Personal zu günstig eingestellt wird, das darum minimalistisch arbeitet. Dadurch kann es zu vermeidbaren Stürzen kommen, was wiederum verhindert, dass man nach Hause gehen kann. Eine integrale Strategie setzt voraus, dass das Umfeld und die Gesellschaft miteinbezogen werden. Bereits vier Mal ist es vorgekommen, dass ich beim Verlassen des Gartens und Betreten des Trottoirs von einem Velofahrer über den Haufen gefahren wurde. Glücklicherweise bin ich einigermaßen rüstig; wenn das aber eine ältere Person gewesen wäre, wäre dieser Zusammenstoss letal gewesen. Zur Altersstrategie der Gesellschaft sollte auch gehören, dass die Ticketerias der VBZ erhalten bleiben, weil viele ältere Menschen mit den modernen Apps nicht umgehen können. Ich hoffe, dass wir den älteren Menschen, denen wir so viel verdanken, Sorge tragen.

Guy Krayenbühl (GLP): *Wir von der GLP hätten allen drei Postulaten zugestimmt; das Postulat der SP, das umfassendste und sinnreichste, wurde nun bereits überwiesen. Es bestehen viele Anbieter im Bereich: städtische, private und privat-gemeinnützige Angebote. Eine Bedarfsanalyse ist notwendig. Der Stadtrat hat bereits eine in Auftrag gegeben. Auch müssen vermehrt alle Anbieter zusammenarbeiten. Vor diesem Hintergrund scheint uns das Postulat GR Nr. 2018/21 absolut zustimmungswürdig. Die Stadt muss nicht alle Alters- und Langzeitinstitutionen selbst betreiben. Auch die Privaten leisten einen wichtigen Beitrag und hervorragende Arbeit. Ein institutionalisierter Dialog soll gesucht werden. Wir stellen uns vor, dass Anlaufstellen angeboten werden, bei denen alle dabei sind und dass dies nicht nur auf der städtischen Ebene geschehen soll, sondern auch auf lokaler Ebene. Bei der punktuellen finanziellen Unterstützung der privat-gemeinnützigen Alters- und Pflegeheimen bestehen gewisse Bedenken. Wenn damit schlichtweg die Institutionen saniert werden, ist das nicht zielführend. Man kann sich aber auch vorstellen, dass die Privat-Gemeinnützigen neue Ideen haben und beispielsweise Alterswohnungen oder generationendurchmischten Wohnraum schaffen. Das kann die Stadt unterstützen. Ein solcher Bedarf besteht auch, weil in gewissen Gebieten solche Angebote noch nicht vorhanden sind. Die städtischen und teilweise auch die privat-gemeinnützigen Institutionen müssen besser koordiniert zusammenarbeiten. Dafür*

kann gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden. Ich bin froh, dass der Textänderungsantrag der AL für die Motion GR Nr. 2018/15 angenommen wurde. Die Alterszentren an sich können wohl nicht überführt werden, allenfalls werden es Grundstücke sein, auf denen etwas Neues gebaut werden kann. Wir nehmen den Vorstoss nur als Postulat an.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag zu GR Nr. 2018/15: Die AL hat Sympathien mit dem Kernanliegen des Vorstosses GR Nr. 2018/15. Wir unterstützen die Forderung nach einer revidierten Altersstrategie. Insbesondere erachten wir es als notwendig, dass der Stadtrat endlich ermittelt, wie er seinen Auftrag für genügend Wohnraum für ältere Personen garantieren kann. Sollte er bei dieser Planung zum Schluss kommen, dass das eine oder andere Alterszentrum nicht mehr gebraucht wird, sind wir ebenfalls der Meinung, dass der Stadtrat diese Objekte anders verwenden soll – jedoch soll er sie immer noch gemeinnützig verwenden. Beim aktuellen Vorstoss sehen wir drei problematische Punkte. Der erste Punkt ist formaler Natur. Erstens erachten wir die Forderung nicht als motionabel. Den zweiten Konfliktpunkt sehen wir in der Forderung, dass nicht mehr gebrauchte Alterszentren in gemeinnützige Wohnungen für Menschen über 60 umgestaltet werden sollen. Diese Forderung ist uns nicht nur zu konkret, wir haben diesbezüglich architektonische, ökologische sowie finanzielle Bedenken. Ein institutioneller Bau wie ein Alterszentrum lässt sich nicht so leicht und nicht günstig in einzelne Wohneinheiten umgestalten. Ausserdem wird dadurch viel graue Energie zerstört. Drittens sehen wir nicht ein, dass der Stadtrat auf die Marktveränderungen und nicht – entsprechend der demokratischen Pflicht – auf die Bedürfnisse der Bevölkerung achten soll. Den Textänderungsantrag stellen wir in Anbetracht dieser drei Punkte.

Marion Schmid (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag zu GR Nr. 2018/21: Aufgrund der Begründung von Elisabeth Schoch (FDP) zum Vorstoss GR Nr. 2018/15 könnte man meinen, dass in der Motion gefordert wird, dass sämtliche Alters- und Pflegezentren geschlossen werden sollten. Das ist natürlich nicht der Fall. Der Vorstoss verlangt lediglich, dass die Anzahl der Betten überprüft wird. Auch in der heutigen Altersstrategie besteht ein gut gemischtes Angebot für Menschen, die zuhause und solche, die in den Institutionen leben. Diese Vielfalt und die Wahlfreiheit sind wichtig und wir wollen sie bewahren. Gleichzeitig besteht generell eine Wohnungsnot in der Stadt. Diese akzentuiert sich im Alter. Darum begrüssen wir, dass überprüft wird, wie Möglichkeiten geschaffen werden können, den Wohnraum für ältere Menschen zu vergrössern. Im Kontext der Pflegezentren möchte ich zu bedenken geben, dass Pflegezentren nicht eine Endstation darstellen, die man nicht verlässt. Heute bleibt man nur wenige Tage im Spital; viele ältere Menschen bleiben danach für eine gewisse Zeit pflegebedürftig, weshalb sie in ein Pflegezentrum für eine akute oder Übergangspflege übersiedeln. Sie werden dort gepflegt, bis sie nicht mehr pflegebedürftig sind und gehen danach wieder nach Hause. Diese Menschen entsprechen einem Anteil von 45 Prozent, was in der zukünftigen Berechnung berücksichtigt werden muss. So wird es wohl in diesem Bereich zu einem steigenden und nicht zu einem sinkenden Bedarf kommen. Zum Postulat GR Nr. 2018/21 muss ich sagen, dass es sich nicht einer gewissen Ironie entbehrt, dass die FDP fordert, dass die privat-gemeinnützigen Institutionen vor dem Verdrängungs-

markt geschützt werden, während gleichzeitig die Gesundheitsdirektion ohne Ansehen der Notwendigkeit weiterhin Pflegeheime im ganzen Kanton bewilligt. In diesem Kontext teile ich zu einem gewissen Grad die Bedenken der AL. Die Privat-Gemeinnützigen sind im städtischen Markt wichtig; sie bieten beinahe die Hälfte der Plätze an. Uns ist es wichtig, dass sie ihre Stellung bewahren können. Das Postulat beinhaltet richtige und wichtige Ansätze; wir müssen die privat-gemeinnützigen Anbieter in Zukunft stärken können. Die Vielfalt und die Wahlfreiheit sollen auch in Zusammenarbeit mit den Privat-Gemeinnützigen gewährleistet werden. Der Verein queerAltern ist ein gutes Beispiel einer Bevölkerungsgruppe, der vermutlich mit privat-gemeinnützigen Institutionen besser gerecht werden kann, als mit einem städtischen Angebot. Wir fordern eine Gleichstellung, nicht eine Bevorzugung. Gleiche Qualitätsanforderungen müssen gelten. Es geht ausserdem nicht an, dass strukturelle Defizite von Privat-Gemeinnützigen im hart umkämpften Markt mit städtischen Geldern gedeckt werden. Trotzdem gibt es viel Wichtiges und Gutes im Postulat. Dementsprechend schlagen wir eine Textänderung vor, mit der wir dem Postulat zustimmen werden.

Raphael Kobler (FDP): Die im Postulat aufgezählten Massnahmen sind nicht aus der Luft gegriffen und entsprechen nicht einem Wunschzettel. Wir zählen beispielhaft wesentliche Punkte auf, die in der Vergangenheit oftmals Usus waren. So haben sich zinslose Darlehen bewährt und sind insbesondere für kleinere Einrichtungen schlichtweg notwendig. Das ist nicht nur im Interesse der Privat-Gemeinnützigen, die 40 Prozent aller Langzeitplätze stellen, sondern der gesamten Stadt, weil nur so die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann. Es geht uns nicht darum, öffentliche und privat-gemeinnützige Angebote gegeneinander auszuspielen. Ausserdem ist der Vorwurf einer Klientelpolitik haltlos, es sei denn, damit ist gemeint, dass wir uns für betagte Menschen einsetzen, die gerne im angestandenen Umfeld oder Quartier allenfalls auch in einem privat-gemeinnützigen Heim bis ans Lebensende wohnen wollen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Wir sind uns alle einig: Es braucht eine Strategie für das Leben im Alter. Wir sind uns offenbar auch einig, dass man bis ans Ende des Lebens in Würde und möglichst so, wie man es wählt, leben kann. Eine Strategie nur über die Alters- und Pflegezentren, vor allem wenn es lediglich um den Abbau geht, geht uns zu wenig weit. Wir tun alles, damit wir älter werden und jünger aussehen. Neueste Forschungen mutmassen, dass wir 150 Jahre alt werden. Tabuisiert aber ist, dass wir krank und bedürftig werden. Entsprechend selektiv sind die Angebote und die Finanzierung, insbesondere seit die Strategie «ambulant vor stationär» gilt. Das ist ein massiver Fehler in der Finanzierung. Das Ambulante wird praktisch nicht bezahlt; beinahe fast alles, was als medizinische Leistung gilt, wird bezahlt. Es ging aber vergessen, dass die Pflege und Betreuung bezahlt werden müssen. Aus vielen Studien weiss man, dass fünfzig Prozent der Genesung von der Pflege und der Betreuung abhängen. Die ambulanten Leistungen werden von den Versicherungen praktisch nicht übernommen. Nur einige wenige Spitex-Stunden werden bezahlt. Wenn es aber «nur» um Haushalt und Betreuung geht, wird keine Stunde bezahlt. Auch darum geht ein Teil der Menschen in ein Alters- oder später Pflegeheim. Wenn man davon spricht, mehr und breitere Angebote, ambulante Angebote und mehr Wohnungen zu haben, hört sich das sehr gut an. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass das bezahlbar sein muss. Das darf nicht auf Kosten

der Frauen gehen. Meistens ist es eine Frau, die zuhause privat Gratisleistungen erbringt, indem sie die Pflege und Betreuung übernimmt und darum oft einer Teilzeitarbeit nachgeht oder sogar nicht mehr arbeitet. Das führt zu einer sehr tiefen Rente. Auch dass nur noch Angebote bestehen, die sich lediglich Personen mit genügend Geld leisten können, kann nicht sein. Das darf auch nicht auf Kosten der Qualität und der Arbeitsbedingungen gehen. Das ist keine Polemik. Es ist zu begrüßen, wenn Firmen sich in die Lücken begeben und die 24-Stunden-Betreuung anbieten. Aber es wurde aufgedeckt, dass Frauen, die oft aus dem Osten kommen, einen Monatslohn von 1000 bis 2000 Franken erhalten, wofür sie sieben Tage in der Woche eine 24-Stunden-Betreuung gewährleisten müssen. Das ist Ausbeutung und Abzockerei und das darf es nicht geben. Darum freue ich mich auf das Konzept und auf ein breites Angebot, das möglichst alle Bedürfnisse erfüllen kann, für alle bezahlbar ist und unter Einbezug der Betroffenen erstellt wird.

Elisabeth Schoch (FDP): Ich finde es irritierend, dass sich die Grünen der Überarbeitung verweigern, obwohl sie doch die Überarbeitung der Strategie wünschen. Diesbezüglich kann ich mich nur Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) anschliessen. Wenn man arm sei, habe man keine Wahl, argumentieren die Grünen. Genau dort wollen wir ansetzen. Wir wollen auch den armen Menschen die Möglichkeit anbieten, dass sie wählen können. Das kann beispielsweise mit dem Angebot von günstigen Wohnungen erfolgen. Auch könnte darüber diskutiert werden, ob anstelle eines neuen Alterszentrums neue Services bezahlt werden. Es geht auch nicht darum, dass wir Frauen zusätzlich belasten oder ausnützen wollen. Prognosen haben es an sich, dass sie nicht in Stein gemeisselt sind. Wir wollen, dass seriös geprüft wird, wie die Gesundheitsdirektion, beziehungsweise die Obsan-Studie zu ihren Zahlen kam und ob sie richtig sind und wie auf sie reagiert werden soll. Ich bin der Meinung, dass den Privaten und Privat-Gemeinnützigen nicht strukturelle Defizite finanziert werden sollen. Wenn die Stadt in ihren eigenen Alterszentren aber so arbeitet, dass sie kostendeckend sind, da frage ich mich, was eigentlich die Strategie ist. Denn so gesehen könnte sie nur sein, dass die Privaten ausgehungert werden und dann nur noch städtische Angebote bestehen bleiben. Das lehnen wir ab. Wir sind der Meinung, dass viel gemeinnützige Arbeit geleistet wird und die gemeinnützige Arbeit, die freiwillig geleistet wird, soll weiterhin möglich sein. Des Weiteren geht es uns nicht darum, dass die Plätze, die wir in Frage stellen, abgebaut werden sollen. Auch verlangen weder wir noch STR Andreas Hauri, dass die zurückgestellten zwei Alterszentren nicht mehr gebaut werden sollen. Wir verlangen, dass überprüft wird, ob sie benötigt werden. Auch wir wollen keine graue Energie zerstören. Mit einem Ersatzneubau wird jedoch graue Energie zerstört, was für ein Überangebot nicht erfolgen sollte. Eine Überprüfung der Strategie bedeutet nicht, dass wir Kosten sparen und abbauen wollen. Es geht uns darum, in der Zukunft die richtigen Angebote zur Verfügung stellen zu können. Dass die AL das Wort «Markt» stört, war voraussehen. Sie können es auch Kundenbedürfnis oder Bewohnendenbedürfnis nennen. Am Ende des Tages handelt es sich aber um einen Markt, der stattfindet. Die Gesundheitsdirektion prüft nicht die Kapazität, die wir zur Verfügung stellen müssen, sondern ob ein Alterszentrum den Qualitätsansprüchen entspricht. Unabhängig davon, ob ein Alterszentrum privat oder städtisch ist, bekommt es die Möglichkeit, das Angebot wahrzunehmen. Wir freuen uns ausserdem, dass beim Postulat GR Nr. 2018/298 Einigkeit

herrscht.

Marcel Bührig (Grüne): *Wir wollen eine Überarbeitung der Altersstrategie; bei diesem Punkt sind wir uns alle einig. Wir wollen aber keine Überarbeitung der Altersstrategie im Stil der FDP. Für uns geht es um eine sozial verträgliche Altersstrategie, mit der es möglich ist, dass sich alle Menschen im Alter gute Betreuung und gute Pflege leisten können. Um das garantieren zu können, sind der Staat und die staatlichen Langzeitinstitutionen unerlässlich. Das heisst nicht, dass wir keine privat-gemeinnützigen Institutionen dulden würden oder sie mit angeblichen Dumpingpreisen aus dem Markt verdrängen wollen. Uns ist allen bewusst, dass auch die Alters- und Pflegezentren der Stadt eine ausgeglichene Rechnung am Ende des Jahres aufweisen müssen. Wenn das nicht der Auftrag wäre, hätte die Ratsmehrheit längst jegliche Betreuungstaxen den Bewohnenden erlassen und so die Privaten vom Markt verdrängt. Das ist nicht unser Ziel. Wir wollen in den staatlichen Institutionen eine kostengünstige und aber auch kostendeckende Betreuung und Pflege anbieten können. Wir wollen nicht zusätzlich mit zinslosen Darlehen die Privaten quersubventionieren. Vom Modell, in dem Gelder direkt an Institutionen gegeben werden, ist man in den letzten Jahren abgekommen. Viel häufiger werden nun die Bewohnenden subventioniert. Deshalb lehnen wir beide Postulate ab. Wir wollen eine neue Altersstrategie, aber die Richtung der FDP entspricht nicht unserer Richtung.*

Dorothea Frei (SP): *Aus der FDP-Fraktionserklärung hörten wir, dass die SP eher bewahrt und verwaltet. Das halte ich für Unkenntnis, nicht für Realität, wenn man die Altersstrategie der letzten Jahre auswertet. Das entspricht dem üblichen Vorgehen: Bevor etwas Neues begonnen wird, soll aufgezeigt werden, was mit der letzten Strategie erreicht wurde. Das war Einiges. Die Nacht-Spitex wurde in den letzten vier Jahre eingeführt und wird ausgebaut. Eine Informationsplattform wurde eingerichtet, auf der sich sehr viele Informationen für technikaffine Menschen finden lassen. Die Übergangspflege wurde verstärkt, die Demenzabteilung aufgebaut und die Palliative Care wurde überhaupt erst zum Thema. Zudem wurde ein Geriatrie-Verbund eingerichtet. Wir stehen an einem guten Ort, um eine neue Strategie zu planen; wir erreichten viel in den letzten Jahren. Aktuell reduziert die Stadt Betten, wenn diese nicht notwendig sind und Personal wird abgebaut. Die Spitex arbeitet hart am Markt. Ihre Angebote werden ausgebaut. Viele Instrumente sind vorhanden, die gut funktionieren und die heute bereits genutzt werden können. Vor fünf Monaten reichten wir das Postulat GR Nr. 2018/298 ein. Damals fehlte bereits ein Punkt im Postulat, weil es noch nicht der richtige Zeitpunkt war, diesen einzufügen: Wir glauben, dass das, was wir hier diskutieren, noch nicht weit genug geht. Wir müssen in die Richtung einer altersgerechten Stadt denken. Das geht wesentlich über die Frage der Anzahl von Betten in Alters- und Pflegeheimen und über die Spitex hinweg. Wir hörten Ansätze davon in der SVP-Fraktionserklärung. Es geht beispielsweise um genügend Licht, um die Cobra-Trams der VBZ oder auch um die Kriminalität – Menschen müssen geschützt werden. Es gibt bereits Informationskurse; wie man sich im Tram verhalten oder wie mit Enkeltrickbetrügern umgegangen werden soll. Für eine altersgerechte Stadt sind alle Departemente gefordert. Wir müssen weiterdenken, als die Altersstrategie nur im Gesundheits- und Umweltsportdepartement anzusiedeln.*

Marcel Savarioud (SP): Zum Defizit der Langzeitinstitutionen: Wir wollen die ältere Bevölkerung nicht aushungern. Wir wollen auch nicht, dass Gewinne mit der älteren Bevölkerung gemacht werden, wie das die rentierenden Pflegeheime und Alterszentren, die in den letzten Jahren entstanden sind, machen. Dementsprechend sind wir nicht gegen die privat-gemeinnützigen Heime. Die wesentlichen Kosten entstehen nicht durch die Defizite in der Stadtkasse. Sie entstehen im Sozialdepartement; es sind die Zusatzleistungen. Mit der neuen Pflege-Finanzierung änderte sich einiges. Damit steigt der Druck auf die Stadt und damit auf die Langzeitinstitutionen. Im Langzeitbereich herrscht eine chronische Unterfinanzierung. Das Kernproblem der Finanzierung liegt aber nicht auf der städtischen Ebene. Wir müssen sie jedoch auffangen, damit die ältere Bevölkerung nicht ausgehungert wird. Die Bedürfnisse der nachfolgenden älteren Generation verändern sich. Wir werden immer älter. Gerade deshalb wurde der Wunsch nach Autonomie und Selbstbestimmung grösser. Im Gegensatz dazu nehmen chronische Krankheiten im Alter zu. Neue technische und digitale Angebote ergeben auch im Alter neue Möglichkeiten. Nach wie vor gehört aber die Einsamkeit zu den meistgenannten Gründen für den Eintritt in ein Alterszentrum. Im Wohnungsmarkt werden die Menschen im hohen Alter diskriminiert. Deshalb ist es wichtig, dass bei der anstehenden Aktualisierung der Strategie Massnahmen erarbeitet werden, mit denen die ältere Bevölkerung im privaten Umfeld und in Langzeitinstitutionen betreut und begleitet werden kann. Das Ziel muss eine altersfreundliche Stadt sein. Das kann nur erreicht werden, wenn departementsübergreifend zusammengearbeitet wird. Das wurde in der Vergangenheit zu wenig gemacht und ist eine wichtige Forderung von uns. Die Wahlfreiheit der gewünschten Betreuung, die unabhängig von der persönlichen finanziellen Situation gemäss den Bedürfnissen der älteren Generation erfolgen soll, steht ebenfalls im Zentrum. Die Forderungen von queerAltern sowie andere Diversity-Anliegen gilt es, aufzunehmen. Um all dem gerecht zu werden, braucht es eine unvoreingenommene Bedarfsanalyse nach Plätzen in Alters- und Langzeitinstitutionen. Wir können den zukünftigen Bedarf nicht vorkalkulieren. Ich will nicht, dass es zu der Situation kommt, wie es in den Schulen geschah; dass Pavillons aufgestellt werden müssen. Mit unserem Postulat fordern wir deshalb, dass konkrete Massnahmen geprüft werden sollen. Das bedeutet unter anderem die Förderung von alternativen Wohnformen und des Servicewohnens und die Unterstützung von pflegenden Angehörigen, die oft überfordert sind. Teilweise sind es auch die Angehörigen, die die Menschen daran hindern, in ein Pflegezentrum zu ziehen, weil sie dann nicht mehr erben können. Im Berufsalltag musste ich oft beides beobachten: Dass die Menschen einige Jahre zu früh oder Jahre zu spät in ein Heim umziehen. Für die Koordination der Angebote ist auch die Möglichkeit wichtig, nach eigenem Wunsch sterben zu können. Diesbezüglich ist auch eine Weisung zur Palliative-Care in der Kommissionsberatung. Wenn diese und andere Massnahmen umgesetzt werden können und wenn die ältere Bevölkerung auf dem Wohnungsmarkt nicht mehr diskriminiert wird, kann es sein, dass schliesslich weniger Plätze in Alters- und Pflegezentren notwendig sein werden. Das wünschen wir uns alle; aber zu Diskriminierungen soll es dabei nicht kommen.

Ernst Danner (EVP): Wir unterstützen alle drei Vorstösse und begrüssen die Stossrichtungen. Auch die noch folgenden Vorstösse dieser Themendebatte werden wir unter-

stützen. Uns fällt auf, dass eine sehr grosse Schnittmenge von Konsensen in den Vorstössen zu finden ist. Alles geht in eine solche Richtung, dass STR Andreas Hauri ohne Weiteres eine sehr gute Strategie darauf aufbauen kann. Ich habe den Eindruck, dass die Einwände der AL und der Grünen erfolgten, weil aus den Vorstössen der Freisinnigen mehr gelesen wurde, als festgehalten wurde. Die Forderung nach der Anpassung der Bettenzahlen heisst, dass sich die Nachfrage veränderte und dass das Angebot dieser veränderten Nachfrage angepasst werden muss. Wenn mehr Menschen zuhause sein können, hat das entsprechende Auswirkungen. Das bedeutet nicht, dass das notwendige Angebot nicht mehr vorhanden sein wird oder dass höhere Kosten für die Betroffenen entstehen. Das Ziel ist stets, die Angebote möglichst kostengünstig zu halten. Demselben Ziel dient auch, dass die gemeinnützigen und privaten Anbieter miteinbezogen werden müssen. Es ist ein grosser Unterschied, ob es sich um einen kommerziellen oder gemeinnützigen Anbieter handelt. Pionierarbeit auf diesem Sektor wurde meines Wissens nicht von der Stadt, sondern von privaten Institutionen geleistet. Ich möchte dabei an das Alters- und Pflegeheim Grünhalde in Seebach erinnern; es gibt aber in der gesamten Stadt solche Pionierinstitutionen. Wenn diese nicht berücksichtigt werden, resultiert das in einer Situation wie in der alten Ära; dass keine Kommunikation mehr mit ihnen stattfindet. Diesbezüglich fanden bereits grosse Veränderungen statt: Das Gespräch wird gesucht und wesensgerecht wird untersucht, was die Stadt und was die privaten Anbieter machen müssen. Darum sind wir froh, wenn Sie dies alles unterstützen.

Rolf Müller (SVP): *Ich spreche zum Postulat GR Nr. 2018/21. Die privaten und gemeinnützigen Alters- und Pflegezentren in der Stadt kämpfen um ihr Überleben. Vor allem die kleinen Betriebe mit weniger als dreissig Betten sind betroffen. Es ist wichtig, dass die Privaten jetzt bei der Umsetzung der städtischen Altersstrategie miteinbezogen werden. Branchenspezifisch ist es sehr wichtig, dass regelmässig ein Informationsaustausch zwischen den Vertretern von städtischen und privaten Institutionen erfolgt. Wir begrüssen, dass Überlegungen zum vermehrten Kooperieren in Aus- und Weiterbildungen stattfinden. Das gilt auch für die Überwindung des Fachkräftemangels. Wegen Auflagen von Behörden, aber auch um für ihre Bewohnerinnen und Bewohner attraktiv zu bleiben, müssen viele private und gemeinnützige Institutionen saniert werden oder bauliche Massnahmen treffen. Mit der Weisung GR Nr. 2016/256 wurde dies bereits geregelt. Jetzt wäre es gut, wenn der Stadtrat überprüfen würde, wie diesen Institutionen ein zinsloses Darlehen für Sanierungen oder Modernisierungen zur Verfügung gestellt werden kann. Wie dem Postulat zu entnehmen ist, wird in Antworten zu Dringlichen Schriftlichen Anfragen festgehalten, dass der Stadtrat die historisch gewachsene, dezentrale Angebotsstruktur durchaus begrüsst und privat-gemeinnütziges Engagement im Hinblick auf eine diversifizierte Altersversorgung unerlässlich ist. Aus den genannten Gründen unterstützt die SVP-Fraktion das Postulat.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Ich habe nichts gegen den Markt. Jeden Samstag kaufe ich Gemüse auf dem Gemüsemarkt ein und als Liebhaber von Antiquitäten befinde ich mich auch oft auf Flohmärkten. Aber meine Grossmutter würde ich niemals einem solchen Markt aussetzen. Ich will nicht, dass die Gesundheit einem Markt ausgesetzt wird. Man kann nicht jeden Aspekt des Lebens unter dem Modus einer Marktlogik betrachten.*

Ich möchte daran erinnern, dass im Globalbudget der Alters- und Pflegezentren die Produktegruppen 1 und 2 sehr profitabel sind. Das heisst, dass das rentiert, was unsere Leute in den Alters- und Pflegezentren machen. Wenn man jedoch die Ausbildungskosten auf diese Institutionen abwälzt, wird das schwierig. Es handelt sich um einen arbiträren Entscheid, der rückgängig gemacht werden kann. Diese Institutionen sind hochprofitabel; andere Aussagen stimmen nicht. Ich bin mit der Aussage von Dorothea Frei (SP) einverstanden: Es ist löblich, dass sich der Stadtrat der Altersstrategie annimmt. Aber es ist ein grundsätzlicher Fehler, dass wir diese nun lediglich im Bezug zum Gesundheits- und Umweltdepartement behandeln. Die Altersstrategie ist eine Querschnittsaufgabe und eine stadträtliche Aufgabe, weil nicht nur die Gesundheits- und Pflegebereiche betroffen sind. Ich verstehe nicht, wie Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) von guter Pflege in den Spitälern und Pflegeheimen sprechen kann, während seine Partei im Nationalrat kein Geld für diese Menschen spricht.

Marion Schmid (SP): *Ich schätze die sehr konziliante Art von Ernst Danner (EVP), der betont, dass wir uns in sehr vielem sehr einig sind; in weiten Feldern herrscht Einigkeit. Doch mit dem Einstiegsvotum von Elisabeth Schoch (FDP) entsteht das Gefühl, dass die Einschätzung, wie gross das Potenzial von Ab- und Aufbau in den verschiedenen Bereichen sei, weit auseinandergeht. Jetzt befinden wir uns an einem Punkt, an dem wir alle unsere Forderungen stellen. Dazu gehört auch das, was wir vom Stadtrat bezüglich der neuen Altersstrategie erwarten. Wo genau das Potenzial liegt, was umgesetzt und was nicht umgesetzt werden kann und schliesslich auch die Finanzierung müssen noch festgestellt werden. Es stimmt, dass einige Privat-Gemeinnützige um ihr Überleben kämpfen, was bedauerlich ist. Ich halte es aber für falsch, diesbezüglich der Stadt einen Vorwurf zu machen. Denn der Hauptanteil der regulatorischen Vorgaben im Bereich der Langzeitpflege wird von der kantonalen und von der Bundesebene aufgestellt. Tatsächlich bestehen viele Aufsichtsgremien, die ehrenamtlich und mit kleinen Einheiten arbeiten. Im heutigen Umfeld ist es für sie schwierig, zu überleben. Ich muss aber in Frage stellen, ob es die Aufgabe der Stadt sein kann, diese zu stützen. Auf die Privaten sind wir dennoch angewiesen. Darum wollen wir ein Umfeld schaffen, in dem sie profitieren können. Dementsprechend sind wir froh, dass unsere Textänderung angenommen wird.*

Elisabeth Schoch (FDP): *Wir hatten nie den Wunsch geäussert, hier Kosten zu senken. Wir wollen, dass überprüft wird, ob zu viele Plätze bestehen. Wir fordern nicht einen Abbau der Plätze, sondern eine Überprüfung des Bedarfs. Von einem Aushungern kann deshalb nicht die Sprache sein. Jetzt soll die seriöse Evaluation folgen. Auch wir wollen selbstverständlich nicht, dass alte Menschen in einen provisorischen Pavillon leben müssen. Wir fordern, dass die Gemeinnützigen mit gleich langen Spiesen arbeiten können.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Mich freut besonders, dass in zwei Punkten Einigkeit herrscht: Dass die bestehende Altersstrategie bis Ende des Jahres aktualisiert und wo notwendig neu ausgerichtet wird und dass es an bezahlbaren Alterswohnungen fehlt und wir dem-*

entsprechend einen Effort leisten müssen. Die Pflegezentren erfüllen eine sehr wichtige Aufgabe und es wird immer Menschen geben, die auf sie angewiesen sind. Erfreulicherweise können die meisten Menschen das Pflegezentrum nach einiger Zeit wieder verlassen. Es geht nun um die Frage, wie viele Betten in den nächsten Jahren insgesamt notwendig sind. Es geht nicht um einen eventuellen Abbau der Bettenanzahl, sondern um die Abklärung. Die Zufriedenheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Alterszentren ist hoch. Dieses gute Zeichen weist darauf hin, dass bereits eine gute Basis besteht. In der Altersstrategie soll geprüft werden, wie die Positionierung in der Zukunft aussehen soll. Nach wie vor braucht es Raum für Menschen, die beispielsweise kaum noch zuhause leben können, weil sie extrem vereinsamen oder sich im Anfangsstadium einer Demenzerkrankung befinden. Wir werden überprüfen, wie die Durchlässigkeit gestärkt werden und wie eine Positionierung in einem Quartierzentrum aussehen kann. Die Privat-Gemeinnützigen leisten gute Arbeit. Bezüglich der Pflege funktioniert das heutige System nicht ganz korrekt. Der Kanton erteilte uns die Zuständigkeit für die Pflegebettenplanung. Bewilligungen werden jedoch vom ihm erteilt. So entsteht teilweise die Schwierigkeit, dass wir nicht erfahren, wenn Privat-Gemeinnützige ein Pflegezentrum eröffnen wollen. Es muss ein Ziel sein, dass nicht zu viele Betten bestehen, damit kein unnötiger Konkurrenzkampf entsteht und die Kosten nicht in die Höhe getrieben werden. Wir leiteten den Prozess der neuen Altersstrategie in die Wege und ich kann versichern, dass es sich nicht lediglich um eine GUD-Strategie handelt. Selbstverständlich werden andere Departemente miteinbezogen, allen voran das Sozialdepartement. Bis Ende Jahr werden wir definiert haben, wie viele Betten in Zukunft in Alters-, Pflegezentren oder gemischten Formen benötigt werden. Wir werden dann die Positionierung der Leistungen definiert haben. Dabei geht es nicht nur um die Anzahl der Betten und Bauten, sondern auch um weitere Leistungen wie Beratungs- und soziale Leistungen. Weitere Themen sind die pflegenden Angehörigen, die Freiwilligenarbeit und Themen des sozialen Bereichs. Selbstverständlich gehören auch der Finanzfluss und seine Entwicklung dazu. Ich freue mich auf die Unterstützung und auf die weiteren guten Ideen der zukünftigen Vorstösse.

Elisabeth Schoch (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden und ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Marcel Bührig (Grüne) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert, eine Strategie bezüglich der Alters- und Pflegezentren zu erstellen und dem Gemeinderat zu unterbreiten. Dabei ist zu prüfen, ob einige der Alterszentren in Form zum Beispiel von gemeinnützigem Wohnungsbau für Ü60 oder andere spezifische Zielgruppen überführt werden sollen; ein allfälliger Überbestand an Alterszentren in eine andere (gemeinnützige) Nutzung überführt werden kann. Insbesondere ist auch zu überprüfen, inwieweit die geplanten, baulichen Massnahmen der Stadt Zürich den zukünftigen MarktBevölkerungsbedürfnissen entsprechen.

Ausserdem soll diese Strategie eine kritische Überprüfung der aktuell in Umsetzung befindlichen generellen Sanierungspläne der städtischen Alterszentren vor dem Hintergrund der MarktBevölkerungsveränderungen beinhalten.

15 / 16

Das geänderte Postulat GR Nr. 2019/42 (statt Motion GR Nr. 2018/15, Umwandlung) wird mit 103 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

858. 2018/21
Postulat von Raphael Kobler (FDP) und Markus Hungerbühler (CVP) vom 17.01.2018:
Förderung und Unterstützung des Engagements der privat-gemeinnützigen Alters- und Pflegeheime

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Raphael Kobler (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3677/2018).

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/15, Beschluss-Nr. 857/2019.

Dr. David Garcia Nuñez (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 31. Januar 2018 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

Marion Schmid (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, auf welche Weise das Engagement privat-gemeinnütziger Alters- und Pflegeheime unterstützt, gefördert sowie - insbesondere angesichts der Ergebnisse der sog. OBSAN-Studie «Statistische Grundlagen zur Pflegeheimplanung 2013-2035» - langfristig sichergestellt werden kann. Dies schliesst namentlich folgende Wirkungsbereiche mit ein:

- ~~Stärkere Beachtung~~ Berücksichtigung der Bedarfs- und Interessenlage privat-gemeinnütziger Leistungserbringer bei Umsetzung der (jetzigen) städtischen Altersstrategie
- Etablierung eines branchenspezifischen Kommunikationsgefässes zwecks regelmässigen Erfahrungs- und Informationsaustauschs von Vertretern der städtischen sowie der privat-gemeinnützigen Institutionen
- Institutionalisierte Dialog zwischen der Verwaltung und (einzelnen/betroffenen) privat-gemeinnützigen Einrichtungen - mitunter hinsichtlich der Planung von etwaigen zusätzlichen Alters- und Pflegezentren, von Ersatzneubauten und von Instandsetzungen bestehender städtischer Betriebe
- Bündelung der Anstrengungen zur Überwindung des Fachkräftemangels; verstärkte Kooperation bei der Aus- und Weiterbildung neuer wie angestammter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ~~unter Inanspruchnahme privater Leistungserbringer~~ nach Möglichkeit
- Punktuelle finanzielle Unterstützung etablierter privat-gemeinnütziger Alters- und Pflegeheime, bspw. durch die Gewährung zinsloser Darlehen zur Sanierung der baulichen Infrastruktur
- Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit (Erzeugung eines differenzierten Altersbildes innerhalb der Bevölkerung; Rekrutierung neuer Pflegefachkräfte; Marketing u.v.m.)

16 / 16

- ~~Anpassung der städtischen Altersstrategie im Sinne einer stärkeren Verankerung privatgemeinnützigen Engagements | Erarbeitung eines Masterplans, durch welche die Stadt wie Private zur Gewährleistung einer optimalen Versorgung betagter und hochbetagter Menschen beitragen können~~

Wie eingangs angemerkt, ist obige Aufzählung nicht abschliessend zu verstehen.

Raphael Kobler (FDP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 93 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

859. 2018/298

**Postulat von Marcel Savarioud (SP) und Dorothea Frei (SP) vom 22.08.2018:
Aktualisierung der Altersstrategie unter Einbezug aller möglichen Leistungserbringenden**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/15, Beschluss-Nr. 857/2019.

Elisabeth Schoch (FDP) zieht den namens der FDP-Fraktion am 5. September 2018 gestellten Textänderungsantrag zurück.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat